

## 5. Organisation

Antragsnummer			Antragsteller	Antragsthema
ORG	01	- 061	Länderrat	Unterstützung Landtagswahl Bremen
ORG	02	- 015	KV Emden	BAG Grundeinkommen
ORG	03	- 017	KV Stuttgart	BAG Internationales/EU/Frieden
ORG	04	- 009	KV Gelsenkirchen	Formular Aufnahmeantrag
ORG	05	- 056	KV Ulm	Aktuelle Mitgliederstatistik
ORG	06	- 060	Länderrat	Informationsfluß verbessern
ORG	07	- 058	Länderrat	Informationsfluß verbessern
ORG	07	- 069	KV Calw/Freudenstadt	Erweiterung paritätische Programmkommission

### Antrag 01-061

**Antragsteller:** vom Länderrat an den Bundesparteitag weitergeleitet

**Antragsthema:** Unterstützung des Landesverbandes Bremen im Landtagswahlkampf

**Antrag:**

Der Länderrat möge beschließen, dass die gesamte Partei den Landesverband Bremen bei seinem Antritt zur Landtagswahl im Mai 2007 solidarisch personell und finanziell unterstützt.

**Begründung:**

Zur Zeit stehen wir in Verhandlung mit dem Bremer Landesverband der Linkspartei.PDS, um den Wähler/innen in Bremen/Bremerhaven eine klare Alternative bei den Bürgerschaftswahlen zu ermöglichen.

Am 16.09.2006 wird in Bremen erstmalig eine gemeinsame Mitgliederversammlung beider Parteien(Landesparteitag der Linkspartei.PDS und Landesmitgliederversammlung der WASG) stattfinden.

Auf ihr soll der Entwurf des Landeskooperationsabkommen 1 den Mitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die klare Aussage ist:

Wir treten zu den Landtagswahlen in Bremen nicht gegeneinander an! Weiter werden u.a die Punkte Wahlprogramm und Öffentlichkeitsarbeit im Kooperationsabkommen 1 als gemeinschaftliche Aufgaben klar aufgeführt und beschrieben.

Bis spätestens Mitte November 2006 soll die heute noch zwischen den beiden Landesvorständen offene Frage gelöst sein, wer von den beiden Parteien federführend zur Wahl antritt.

In den Verhandlungen werden wir entsprechend der Beschlusslage in Land und Bund die Position vertreten, dass die Federführung bei der WASG liegen wird.

Damit die Bremer WASG in den Bürgerschaftswahlen und dem Parteibildungsprozess ein positives Zeichen setzen kann, benötigen wir die aktive Solidarität der gesamten Partei.

## Antrag 02-015

**Antragsteller:** Kreisverband Emden

**Antragsthema:** Bildung einer BAG Grundeinkommen – Zusammenarbeit mit der Linkspartei

**Antrag:**

Es soll die Möglichkeit für alle WASG'lerInnen geschaffen werden, die sich aktiv an der Debatte für eine bedarfsgerechte Grundsicherung, oder für ein bedingungsloses und armutsfestes Grundeinkommen beteiligen möchten, sich offiziell in der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Linkspartei zu engagieren und eine solidarische, paritätische Zusammenarbeit leisten zu können

Der Bundesparteitag der WASG möge beschließen:

- I. Die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen oder eine bedarfsorientierte Grundsicherung sollen ergebnisoffen weitergeführt werden.
- II. Es wäre im Sinne des anstehenden Partieneubildungsprozesses eher destruktiv innerhalb der WASG eine selbständige Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen einzusetzen. Das geschlossene Auftreten von WASG'lerInnen und LinksparteigenossInnen, sowie die Integration von Menschen aus den unterschiedlichen sozialen Bewegungen, die sich alle zusammen für die Grundeinkommensidee einsetzen, soll Priorität besitzen.
- III. Die Delegierten des Bundesparteitages mögen beschließen:
  1. Das sich die grundeinkommensinteressierten WASG'lerInnen innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Linkspartei organisieren können.
  2. Diese Bundesarbeitsgemeinschaft als ein gemeinschaftliches Projekt von WASG und Linkspartei angesehen und legitimiert wird.
  3. Diese gemeinsame Bundesarbeitsgemeinschaft aktiv am Parteibildungsprozess teilhaben kann und ihre Vorstellung zum Thema Grundeinkommen auf Basis einer breiten Mitgliedschaft aus WASG'lerInnen und LinksparteigenossInnen diskutiert werden kann.
  4. Ergebnisse dieser gemeinsamen Bundesarbeitsgemeinschaft der Steuerungsgruppe, bzw. Programmgruppe von WASG und DIE LINKE. vorgelegt werden, und so auch Berücksichtigung finden können bei der Erstellung des Gründungsprogramms für eine gemeinsame neue linke Partei.
  5. Diese gemeinsame BAG Grundeinkommen in der Lage sein muß nach außen durch Geschlossenheit auftreten zu können und durch ein gemeinsames neues Logo sich der Öffentlichkeit präsentieren kann. Folgender Vorschlag für ein gemeinsames Logo der BAG Grundeinkommen liegt vor :

**Begründung:** erfolgt mündlich

## Antrag 03-017

**Antragsteller:** Kreisverband Stuttgart

**Antragsthema:** Bildung BAG Internationales/EU/Frieden

**Antrag:**

Der Bundesparteitag beschließt die Bildung einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Internationales/EU/Frieden“ im Rahmen des Parteibildungsprogresses ins Leben zu rufen.

**Begründung:**

Gerade in der heutigen Zeit, der rasanten Globalisierung und Internationalisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens, durch das Handeln der Neoliberalisten, müssen bereits im Vorfeld der Parteibildung Schwerpunkte für die internationale Ausrichtung der neuen Partei erarbeitet und publiziert werden

## Antrag 04-009

**Antragsteller:** KV Gelsenkirchen

**Antragsthema:** Formular Aufnahmeantrag

**Antrag:**

Auf dem Formular „Aufnahmeantrag“ soll der folgende Passus:

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie besonderer Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.8. politische Meinungen, religiöse, philosophische Überzeugungen usw.) einverstanden. Sofern ich Mitglied des Vereins WASG e.V.' bin, willige ich zusätzlich in eine einmalige Weitergabe meiner Mitgliederdaten an die Partei zum Zweck der Erstellung eines Mitgliederstammsatzes ein. Hinweis: Freiwillige Angaben werden benötigt, um Sie Ihrem Interesse entsprechend informieren zu können.

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

ersatzlos gestrichen werden! Ebenso sind aus der Aufforderung im Kopf des Aufnahmeantrages die Worte: „Antrag zweimal unterschreiben“ zu entfernen.

**Begründung:**

Der §3 BDSG definiert folgendes: „Nutzen ist jede Verwendung personenbezogener Daten, soweit es sich nicht um Verarbeitung handelt.“

Eine Unterschrift ist allemal ausreichend! Unserem KV gehen viele Mitglieder verloren, weil sie zu Recht nicht gewillt sind, der WASG die Verwertungsrechte ihrer Daten zuzugestehen. Die WASG sollte auf diesen Anspruch verzichten!

## Antrag 05-056

**Antragsteller:** Kreisverband Ulm-Alb-Donau

**Antragsthema:** Erstellung einer aktuellen Mitgliederstatistik

**Antrag:**

Der KV Ulm/Alb-Donau hat in seiner Sitzung vom 05.Okt.2006 folgenden Antrag beschlossen:

Antragsbegründung:

Der Haushalt der WASG ist zerrüttet und es gibt Gerüchte das bereits viele Mitglieder die Partei verlassen haben, entweder durch fortdauernde Beitragsverweigerung oder durch formellen Austritt. Ferner ist unklar wie viele Mitglieder bereits eine Doppelmitgliedschaft besitzen. Der Abgleich der Doppelmitgliedschaften kann auch in einer Art erfolgen, das die Datenschutzrechtlichen Belange nicht verletzt werden, zum Abgleich ist eine gegenseitige dauerhafte Überlassung der Mitgliederdaten nicht erforderlich. Um über diese Fragen eine Antwort zu erhalten und um die Urabstimmung zur Parteiauflösung gut vorzubereiten, beantragen wir die Veröffentlichung einer quartalsweisen Mitgliederstatistik.

Der Parteitag möge beschließen:

Der Bundesvorstand der WASG wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der befreundeten Partei Linkspartei.PDS quartalsweise eine aktuelle Mitgliederstatistik zu erstellen.

Die letzte Mitgliederstatistik ist zum Stichtag des Beginns der Urabstimmung über die Auflösung der WASG zu erstellen.

Die Mitgliederstatistiken haben die zahlenden Mitglieder nach Bundesländern geordnet zu enthalten.

Die Mitglieder sind getrennt nach Doppel- und Einzelmitgliedern aufzuführen.

Zu diesem Zweck hat der Vorstand eine offizielle Anfrage auf quartalsweise Einsicht in die Mitgliederdatei der befreundeten Linkspartei.PDS an diese zu richten.

Die Mitgliederstatistiken sind den KassenrevisorInnen zur Prüfung vorzulegen.

Erfolgt die Erhebung der Mitgliederstatistik nicht wie gefordert, so ist eine Entlastung des geschf. Vorstandes nicht möglich, es sei denn er kann dem Parteigericht bzw. dem Parteitag gegenüber glaubhaft machen, daß das Verschulden nicht auf seiner Seite liegt, dies könnte beispielsweise eintreten, wenn die befreundete Partei Einsicht in die Mitgliederdatei verwehrt.

In diesem Fall sind die Doppelmitglieder aufzuführen, die parteiintern als Doppelmitglieder bekannt sind.

## Antrag 06-060

**Antragsteller:** vom Länderrat an den Bundesparteitag weitergeleitet

**Antragsthema:** Informationsfluss von „oben nach unten“ verbessern

**Antrag:**

Die Ergebnisprotokolle der Bundesvorstandssitzungen mit den dazugehörenden Teilnehmelisten müssen zeitnah an die jeweiligen Landesvorstände zur Kenntnis gegeben werden. Die Landesvorstände leiten diese weiter an die Mitglieder des Landesverbandes.

Die Ergebnisprotokolle der Landesvorstandssitzungen mit den dazugehörenden Teilnehmelisten müssen zeitnah an die jeweiligen Kreisvorstände zur Kenntnis gegeben werden. Die Kreisvorstände leiten diese weiter an die Mitglieder des Kreisverbandes.

Interne Protokollteile wie Personalangelegenheiten sind in den externen Versionen unkenntlich zumachen, bzw. auszusparen.

**Begründung:**

Ergebnisprotokolle sollten veröffentlicht werden, um Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene für die Basis nachvollziehbar zu machen und einen besseren Informationsfluss „von oben nach unten“ zu gewährleisten.

Die Veröffentlichung der Protokolle kann auch über die jeweiligen webpages und die Versendung der entsprechenden links erfolgen.

**Antrag 07-058**

**Antragsteller:** vom Länderrat an den Bundesparteitag weitergeleitet

**Antragsthema:** Informationsfluss verbessern

**Antrag:**

Die Protokolle der Kreismitgliederversammlungen/Kreisdelegiertenversammlungen mit den dazugehörigen Teilnahmelisten müssen zeitnah an die jeweiligen Landesvorstände zur Kenntnis gegeben werden.

Die Protokolle der Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenversammlungen mit den dazugehörigen Teilnahmelisten müssen zeitnah an den Bundesvorstand zur Kenntnis gegeben werden.

**Begründung:**

Zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung und den zu erstellenden jährlichen Geschäftsberichten ist es notwendig, die entsprechenden Protokolle und die Teilnahmelisten der öffentlichen Versammlungen der jeweilig untergeordneten Ebene zu archivieren. Eine zeitnahe Kenntnis des ordnungsgemäßen Ablaufs von Beschlüssen und Wahlen, von veränderten Vorstandsbesetzungen sowie der auf den Versammlungen gefassten Beschlüsse muss gewährleistet sein.

Analog dieses Beschlusses sollten die Protokolle der Versammlungen der Ortsverbände/Stadtteilgruppen an die Kreisvorstände weitergeleitet werden. Dieses ist jedoch auf Kreisebene zu regeln.

**Antrag 08-069**

**Antragsteller:** Kreisverband Calw/Freudenstadt

**Antragsthema:** Erweiterung der paritätischen Programmkommission

Der Parteitag möge beschließen, dass die „paritätische“ Programmkommission von WASG und Linkspartei, von derzeit 11 Mitgliedern die von den Parteivorständen berufen wurden, für die weitere Überarbeitung der Eckpunkte durch 4 Vertreter/innen aus den WASG-Landesverbänden und 3 Mitgliedern der Linkspartei erweitert wird.

**Begründung:**

Beim Programmkonvent wurde von mehreren Rednern, auch und gerade von Gastrednern, bestätigt, dass die programmatischen Eckpunkte „wenig prickelnd“, „nicht attraktiv im Sinne von anziehend“ für neue InteressentInnen sind und nichts wirklich herausragend und zukunftsweisend Neues enthalten.

Wir wollen aber eine neue Partei gründen, von der Leute überzeugt sind, dass wir wirklich für soziale Gerechtigkeit, für die Solidarität aller Menschen, auch über die Generationen hinweg, und für die Sicherung des Friedens eintreten. Sie erwarten vor allem von uns konkrete und umsetzbare Vorschläge, wie wir die seit langem anstehenden Probleme lösen wollen.

Dazu sind die Eckpunkte an vielen Punkten zu nebulös und nichts sagend. Es ist die Aneinanderreihung von z.T. weichgespülten Redewendungen, Forderungen und Vorschlägen, die Wesentliches offen lassen oder gar nicht ansprechen. Sie sind insgesamt nicht dazu geeignet den Menschen zu sagen: „Toll, in diese Partei muss ich eintreten, diese Politik will ich unterstützen.“ Offensichtlich haben die AutorInnen keinen Draht mehr dazu, was viele Menschen bewegt und ängstigt, aus diesem Grund schlagen wir vor, dass die Programmkommission um VertreterInnen aus den Landesverbänden erweitert wird und die Eckpunkte nochmals überarbeitet werden.

Mit der Erweiterung um 4 WASG- und 3 Linksparteimitgliedern ist dann auch eine echte Parität hergestellt.